

NRW > Städte > Langenfeld > A3 bei Langenfeld / Solingen: Bund prüft temporäre Freigabe des Seitenstreifens >

A 3-Ausbau zwischen Langenfeld und Opladen

Bund prüft temporäre Freigabe des Seitenstreifens

Langenfeld / Solingen · Der Bund ist bereit, den Standstreifen auf der A3 temporär freizugeben und beauftragt ein entsprechendes Konzept. An dem umstrittenen vierspurigen Ausbau der Autobahn will der Bund jedoch festhalten.

01.08.2023, 14:30 Uhr · 2 Minuten Lesezeit



Das Verkehrsaufkommen auf der A3 bei Langenfeld ist hoch. Deshalb will der Bund den Ausbau auf vier Spuren.

Foto: Matzerath, Ralph (rm-)

Das Bundesverkehrsministerium erwägt im Vorgriff auf den beschlossenen Ausbau der A3 zwischen Opladen und Hilden, übergangsweise eine temporäre Seitenstreifenfreigabe (TSF) umzusetzen. Dazu werde derzeit ein Umsetzungskonzept von der Autobahn GmbH vorbereitet. Das schreibt der Leiter der Abteilung Bundesfernstraßen an die Stadt Langenfeld.

Zum Hintergrund: Die (Ober-) Bürgermeister aus Langenfeld, Solingen, Leichlingen, Hilden und Landrat Thomas Hendele setzen sich seit langem für eine Seitenstreifennutzung mit verkehrsabhängiger Freigabe auf dem Streckenabschnitt des A3-Ausbauprojektes zwischen Opladen und Hilden ein. Die Bürgermeister sind gegen den vom Bund vorgesehenen vierspurigen Ausbau der A3 (je Richtung). Die im Auftrag des NRW-Verkehrsministeriums veranlasste Machbarkeitsstudie zur temporären Seitenstreifenfreigabe hat die grundsätzliche Durchführbarkeit festgestellt. Nachdem die genannten Stadt- und Kreisspitzen Ende Juni gemeinsam beim Bundesverkehrsminister beantragt hatten, dass die TSF als schnellstmöglicher und effektiver Beitrag zur Engpassbeseitigung direkt im Anschluss an die Erneuerung zwischen Langenfeld und Hilden zügig geplant, umgesetzt und somit auch beauftragt wird, liegt nun die schriftliche Antwort aus Berlin vor.

„Der Bund ist Herr des Verfahrens und für den Auftrag zuständig, die GmbH führt aus. Dass hier aber Bewegung reinkommt, ist positiv zu bewerten“, sagt Langenfelds Bürgermeister Frank Schneider. „Ich bin gemeinsam mit meinen Mitstreitern nach wie vor davon überzeugt, dass die TSF auch dauerhaft ausreichen kann, wenn die Erfahrungen dies in der Praxis belegen können, und wenn auch der rechtliche Rahmen dafür geschaffen würde.“

Dieses haben Bürgermeister und Landrat im Begleitschreiben nochmals als gemeinsames Ziel erklärt. Letzteres wird allerdings im nun vorliegenden Schreiben mit dem Hinweis des Verkehrsministeriums auf zurückliegende Untersuchungen abgelehnt, da eine generelle oder flächendeckende TSF als Regellösung „nicht erwogen“ werde. Eine Verwendung des Seitenstreifens als zusätzliche Fahrspur komme nur in besonderen Ausnahmefällen in Betracht, heißt es aus Berlin.

Doch die Befürworter der dauerhaften Seitenstreifenlösung bleiben bei ihrer Auffassung. „Wenn mit einer deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs bei gleichzeitiger Steigerung der Leistungsfähigkeit dieser wichtigen Verkehrsader auch noch erhebliche Kosten eingespart werden können, spreche das eindeutig für die dauerhafte TSF-Lösung“, betont Frank Schneider. „Die rechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen muss das Ziel bleiben“, so Schneider.

Noch keine Kommentare